

28.04.87  
7126

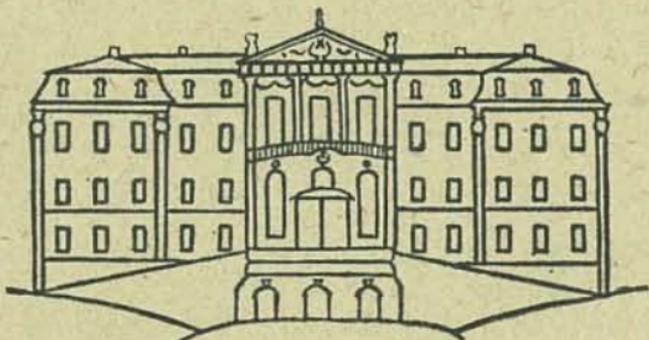
Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

## **Einklang von Rationalität und Humanität**

Zu sozialetischen Aspekten der Volkswirtschaft  
der DDR



241

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Wolfgang Heyl

**Einklang von Rationalität und Humanität**

Zu sozialetischen Aspekten der Volkswirtschaft  
der DDR

1987

ISSN 0440-5862  
ISBN 3-372-00145-1  
1. Auflage · Heft 241 · 1987  
V-14-8 Ag-Nr. 224/6/87  
702 618 7  
00050

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Als die Volkskammer das Gesetz vom 7. Oktober 1974 zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik beschloß, trat damit auch der neugefaßte Artikel 7 der Verfassung in Kraft. Er war ergänzt worden durch eine Aufgabe, die inzwischen bereits als Hauptaufgabe in das gesellschaftliche Leben unseres Staates eingegangen war: Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.

Mit der Hauptaufgabe war eine qualitativ neue Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung eingeleitet worden. Die Wirtschaft wurde noch umfassender als bisher Mittel zum Zweck der immer besseren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des werktätigen Volkes. Natürlich war die Wirtschaftspolitik unseres Staates auch vorher darauf gerichtet gewesen. Doch nun war die Zeit gekommen, da die sozialistische Gesellschaft und ihre ökonomischen Potenzen so weit vorangeschritten waren, daß der gesetzmäßige Zusammenhang zwischen der Produktion und der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen immer unmittelbarer wirksam wurde. Wirtschafts- und Sozialpolitik konnten durch den Kurs der Hauptaufgabe, durch Leistungen in ihrem Sinne immer mehr zu einer Einheit verschmelzen.

Wir christlichen Demokraten haben diesen Kurs von Anfang an tatkräftig unterstützt, denn, so erklärte der Vorsitzende unserer Partei, Gerald Götting, auf unserem 13. Parteitag 1972: „Der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit dessen Beschlüssen eine neue Phase in der Entwicklung unserer sozialistischen Politik begonnen hat, stellte die Hauptaufgabe, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes weiter zu erhöhen... Für die Lösung der Hauptaufgabe zu wirken heißt, dem Sinn des Sozialismus gerecht zu werden: alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Diese hohe moralische Sinngewandlung entspricht vollauf den Anliegen und Zielen, von denen wir christlichen Demokraten uns leiten lassen.“

Die Übereinstimmung in der Sicht der Dinge, in der Auffassung von ökonomischer Leistung als Dienst am Menschen war ein erneutes Zeugnis dafür, wie Christen und Marxisten, obwohl von sehr verschiedenen Ausgangspositionen kommend,

zu gemeinsamen Zielen finden können, nämlich im Blick auf den Kern sozialistischer Gesellschaftspolitik; das Volkswohl und das Wohl des einzelnen. Dieses soziale Selbstverständnis des Sozialismus hatte Friedrich Engels bereits 1845 formuliert, nämlich „eine solche Lebenslage für alle Menschen zu schaffen, daß ein jeder seine menschliche Natur frei entwickeln, mit seinem Nächsten in einem menschlichen Verhältnis leben kann und vor keinen gewaltsamen Erschütterungen seiner Lebenslage sich zu fürchten braucht.“

Die Lebenslage, von der Friedrich Engels hier spricht, immer markanter auszuprägen — das ist das Signum der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir sehen das soziale Anliegen dieser Politik vor allem darin, — einerseits die ökonomische Entwicklung in immer steigendem Maße für sozialen Fortschritt zu nutzen und soziale Sicherheit für jedermann zu erzeugen, und — andererseits durch die Entwicklung und den Ausbau sozialer Faktoren Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen, die Wohlbefinden, Initiative, Leistungsbereitschaft und Leistungsverhalten so fördern, daß alle dem Sozialismus wesenseigenen Triebkräfte genutzt werden können, um wirtschaftlich weiter voranzukommen. Zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik besteht also unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ein enger dialektischer Zusammenhang.

Soziale Sicherheit und deren steter Ausbau sind allen Bürgern in allen Lebenssituationen gewährleistet, unabhängig von Rasse, Nationalität, Weltanschauung, Religion oder Geschlecht. Sie umfassen das gesamte Leben, vom werdenden Leben an über die Kindheit und den Arbeitsprozeß bis hin zu der Zeit nach dem Ausscheiden aus diesem Prozeß, und schließen auch die Nichtarbeitsfähigen ein. Und soziale Sicherheit wie deren Fortschritt erstrecken sich nicht nur auf Teilbereiche, sondern umfassen alle grundlegenden Menschenrechte, angefangen vom Recht auf ein Leben in Frieden über das Recht auf Arbeit und das Recht auf leistungsgerechtes Einkommen, auf Bildung, Freizeit und Erholung bis hin zum Recht auf gesundheitliche Betreuung und auf Sorge für Familie, Mutter und Kind, um nur einiges zu nennen. Besonderes Gewicht im Blick auf die sozialetischen Konsequenzen der Volkswirtschaft hat das System der sozialistischen Planwirtschaft. Mit diesem bewährten System wird das Wirken aller Glieder der Wirtschaft auf die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse gelenkt; und zu diesen Erfordernissen gehört auch und gerade die Umsetzung wirtschaftlicher Ergebnisse in höheres Lebensniveau der Bevölkerung.

Die sozialistische Planwirtschaft ist der entscheidende Faktor dafür, daß die Menschen den objektiv wirkenden ökonomischen Gesetzen nicht mehr oder minder hilflos preisgegeben sind, sondern daß sie dem, was diese Gesetze fordern, bewußt entsprechen können, daß sie sie planmäßig im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu nutzen in der Lage sind.

Dem entspricht es, daß der Planungsprozeß keine Angelegenheit einiger weniger Experten ist, sondern daß die Werktätigen in ihrer Gesamtheit aktiv an der Gestaltung der Pläne mitarbeiten. So ist die Plandiskussion eine der wichtigsten Ausdrucksformen sozialistischer Demokratie. Wo die Arbeiter und Angestellten, die Wissenschaftler und Techniker die Pläne prüfen und ihre Vorschläge dazu einbringen, ist auch die Gewähr dafür gegeben, daß wirtschaftliche und soziale Belange sinnvoll miteinander verbunden werden, wie es der Staatspolitik entspricht.

Soziale Sicherheit und ihr steter Ausbau sind zu verstehen als Ausdruck der zum jeweiligen Zeitpunkt real möglichen Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse für alle Glieder der Gesellschaft. Diese Politik steht mit den Interessen aller Werktätigen in Einklang und wird daher von ihnen durch entsprechende Leistungen fundiert.

Die vergangenen anderthalb Jahrzehnte haben bereits bewiesen, daß die Praktizierung von Wirtschafts- und Sozialpolitik als konvergierende und nicht konkurrierende Größen kein Strohfeuer war, keine taktische Variante, die kommt und wieder vergeht, sondern daß sie im Wesen des Sozialismus, vor allem der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, liegt, daß sie die Wirtschaftsstrategie unseres Landes bestimmt.

Wir gehen deshalb in der Beurteilung volkswirtschaftlicher Effektivität davon aus, daß ökonomische Kennziffern nur eines der entscheidenden Merkmale wirtschaftlichen Fortschritts sind. Das andere ist das Maß, in dem sich mit der Leistungssteigerung des einzelnen Werktätigen wie der gesamten Gesellschaft auch das Lebensniveau entwickelt. Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik heißt, daß jedem die Möglichkeit offenstehen muß, ein Arbeitseinkommen, das seiner Leistung entspricht, durch ein bedarfsgerechtes Angebot von Waren und Dienstleistungen auch zu realisieren, es umzusetzen in materielle und kulturelle Werte. Dazu gehört weiter, daß Differenzen im Lebensniveau, die nicht aus unterschiedlicher Arbeitsleistung resultieren, sondern zum Beispiel aus der Familiengröße, aus physischen oder psychischen Behinderungen oder anderen nicht leistungsbedingten Faktoren, durch zweckbestimmte materielle gesellschaftliche Auf-

wendungen wenn schon nicht ausgeglichen, so doch reduziert werden, und zwar um so weiter, je größer die erreichten volkswirtschaftlichen Fortschritte sind.

Bereits aus diesen Anmerkungen ist zu ersehen, daß das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik zueinander noch keineswegs und in allen seinen Erscheinungsformen frei von Spannungen ist. Vielmehr handelt es sich um einen dynamischen Prozeß, der sowohl aus objektiven wie aus subjektiven Gründen ständig neue Maßstäbe setzt. Wir wissen beispielsweise, daß manche Bürger in bestimmten sozialen Bereichen von einem bestimmten Planzeitraum mehr erwarten, als die wirtschaftlichen Ergebnisse hergeben. Doch die Leistungen der Volkswirtschaft wachsen nicht in jedem Fall in dem Maße wie die Wünsche auf sozialem Gebiet.

Diese Spannung sollten wir nicht als etwas Negatives betrachten. Daß soziale Interessen, Ziele und Bedürfnisse den realen Möglichkeiten ihrer Befriedigung vorauslaufen, ist normale, ja notwendige Motivation und Triebfeder wirtschaftlichen Leistungsanstiegs im Sozialismus. Es wird eben immer erneut Gegenstand von Leitungsentscheidungen sein müssen, einerseits materielle und kulturelle Interessen in ökonomischen Leistungsanstieg umsetzen, andererseits diese Leistungen ziel- und situationsgerecht für die Stabilisierung und den Ausbau sozialer Sicherheit zu verwenden.

Zudem ist es ja so, daß die Erwartungen und Anforderungen an soziale Fortschritte heute beträchtlich höher sind als noch vor drei oder zwei Jahrzehnten. Das ist keineswegs die Frucht des bekannten Spruchs „Je mehr er hat, je mehr er will...“, sondern Ausdruck, Folge und Ergebnis dessen, was auf sozialem Gebiet bereits erreicht wurde: Soziale Sicherheit, höhere Bildung und Qualifizierung, größerer Wohnkomfort, steigende Versorgung mit hochwertigen Konsumgütern, aber vor allem die Veränderung der Arbeitsbedingungen und -inhalte. Auf das letztere wird noch zurückzukommen sein.

Und nicht vergessen werden soll, daß die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch theoretisch noch nicht voll beherrscht wird. Soziologen und Ökonomen verweisen darauf, daß das Wissen um Zusammenhänge und Wechselbeziehungen von ökonomischem und sozialem Fortschritt durchaus noch ergänzungsfähig ist.

Bei allen Erwägungen über Realität und Möglichkeiten der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sollten wir bedenken, daß ökonomisches Entwickeln stets die Voraussetzung für soziales Entwickeln ist. Das ergibt sich schon aus der Binsenwahrheit, daß nur das verteilt werden kann, was zuvor erarbeitet wurde. Da spielen viele Faktoren mit, nicht

zuletzt die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingungen, unter denen Qualität, Dynamik und Tempo der Wirtschaft gewährleistet werden müssen. Diese Bedingungen schließen das von aggressivsten Kreisen des Imperialismus forcierte Wettrüsten ebenso ein wie den Wirtschafts- und Handelskrieg, den diese Kreise gegen die sozialistischen Länder führen. Es ist einer der entscheidendsten Vorzüge des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, daß er die in ihm vereinigten Länder nicht als Einzelkämpfer diesen Krieg bestehen läßt, sondern — vor allem mit dem sie alle verbindenden Komplexprogramm — eine feste Phalanx errichtet hat.

Was das Wettrüsten angeht, so rechnen imperialistische Machtpolitiker damit, die sozialistischen Staaten durch immer neue Rüstungsprogramme, durch die immer raschere Produktion von immer aufwendigeren Waffensystemen ökonomisch in die Knie zwingen zu können. Erklärte Absicht ist es, den sozialistischen Ländern so hohe Rüstungslasten aufzubürden, daß sie an der Weiterführung ihrer Sozialpolitik gehindert werden. Den gleichen Zweck verfolgt der parallel dazu geführte Wirtschaftskrieg. Eine Vielzahl von Maßnahmen wird da vor allem von den USA ins Spiel gebracht. So stört man durch Verweigerung von Lizenzen an sozialistische Länder Bereiche von Forschung und Entwicklung. Einfuhrsperren und Lieferverbote greifen in den weltwirtschaftlichen Zirkulationsprozeß ein und erfordern neue Wege zur Beschaffung notwendiger Ressourcen. Kreditbeschränkungen und Verschlechterungen der Zinskonditionen berühren internationale Finanzbeziehungen.

So aussichtslos dies alles auf die Dauer auch ist, denn bis jetzt ist die sozialistische Gemeinschaft mit derlei Hindernissen noch immer fertig geworden, so unerläßlich ist es jedoch auch, in der Leitung und Planung der Volkswirtschaft diese Störfaktoren einzukalkulieren. Sozialistischer Wirtschaftspolitik sind damit unumgängliche Sachzwänge auferlegt, die auch die soziale Entwicklung beeinflussen. Wer also nach dem Zusammenhang zwischen Lebenslage und Friedenskampf bei uns fragt — auch hier ist er zu finden.

Es gilt jedenfalls in jeder Hinsicht, daß im Sozialismus die Produktivkräfte entwickelt und eingesetzt werden, um die sozialistische Ordnung als Friedensordnung zu stärken, das materielle und kulturelle Leben der Menschen ständig reicher zu gestalten, die natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen produziert wird, planmäßig immer weiter zu verbessern und die schöpferischen Kräfte der Menschen immer mehr zu stimulieren.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt dabei die immer bessere

Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der ja durch die Hoch- und Schlüsseltechnologien selbst eine qualitativ neue Entwicklung nimmt. Wenn wir vorhin festgestellt haben, daß im Blick auf die Forderungen nach stetigen sozialen Fortschritten die veränderten Bedingungen und Inhalte der Arbeit maßgebliche Bedeutung besitzen, so ist das auf den wachsenden Einfluß von Wissenschaft und Technik zurückzuführen.

Die dadurch ermöglichte und damit verbundene Einführung neuer Technik hat dem wirtschaftlichen Leistungsanstieg der letzten Jahre das Fundament gelegt und ist zugleich die Ausgangsposition für die Bewältigung der großen Ziele, die vor unserer Volkswirtschaft stehen. Für die Werktätigen bedeutet das in vielen Fällen neue materiell-technische und veränderte soziale Arbeitsbedingungen sowie neue Anforderungen an Fähigkeiten und Fertigkeiten. Leistungshemmende soziale Unterschiede mildern sich. Arbeiterschwernisse werden zunehmend reduziert, ebenso unqualifizierte, anspruchlose Tätigkeiten. Erhöht wird der Anteil schöpferischer Arbeit bei wachsender Qualifikation.

Das alles bleibt nicht ohne soziale Folgen. Wer zur Mehrschichtarbeit übergeht, wird berechtigterweise fordern, daß dem in seinem sozialen Umfeld Rechnung getragen wird, von den Verkehrsbedingungen bis zur Versorgung und zur Zugänglichkeit kultureller Einrichtungen. Wer sich weiterbilden will, wird erwarten, daß ihm akzeptable Möglichkeiten dazu erschlossen werden, um nur einiges zu nennen.

Gerade in solchen Zusammenhängen wird deutlich, wie wirtschaftliche und soziale Entwicklung einander beeinflussen: Wer gut und modernen Anforderungen entsprechend wohnt, besitzt gute Voraussetzungen nicht nur für ein harmonisches Familienleben und für kulturell hochwertige Freizeitgestaltung, sondern auch für Bildung und Qualifizierung. Wenn das Angebot von Konsumgütern und Dienstleistungen die Qualität hat, die man erwarten darf, dann wächst der Freizeitfonds.

Zugleich sei jedoch darauf verwiesen, daß es kurzfristig wäre, Sozialpolitik nur in den Maßnahmen und Zuwendungen zu erblicken, die dem Bürger direkt zugutekommen. Sozialpolitik im weitesten Sinne umgreift vielmehr alles, was das Leben aller besser macht, was die Lebensqualität in gesellschaftlichen Dimensionen erhöht, und dies nicht nur für heute, sondern auch für künftige Zeiten und Generationen. So nimmt denn unbestreitbar die Sorge für eine gesunde natürliche Umwelt da einen Platz von großer Bedeutung ein,

die dafür bereitgestellten finanziellen und materiellen Mittel sind ein Teil sozialer Fürsorge.

Zu alledem ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt von maßgebender Bedeutung. Um so wichtiger ist es, daß er unter sozialistischen Bedingungen entscheidende Vorzüge aufweist, die ihm in anderen gesellschaftlichen Strukturen nicht eigen sind:

— Er kann unmittelbar mit sozialem Fortschritt verbunden werden; seine Ergebnisse dienen zur Finanzierung des Lebensniveaus der Bevölkerung.

— Er kann den Interessen aller Glieder der Gesellschaft nutzbar gemacht werden.

— Er kann planmäßig geleitet werden.

Auch er ist somit unter sozialistischen Bedingungen ein Ausdruck von Rationalität und Humanität zugleich.

Nun behaupten bürgerliche Ideologen nicht selten, die in ihrer Gesellschaft gängigen Antriebe zur Leistung, vor allem die von sozialer Unsicherheit erzeugte Existenzangst, seien für die Entwicklung nicht nur ihres, sondern schlechthin eines jeden gesellschaftlichen Systems unerläßlich. Doch ist diese Behauptung nichts anderes als die Ausflucht angesichts der Unfähigkeit ihres eigenen Systems, soziale Probleme grundlegend zu bewältigen.

Im Gegensatz dazu sind wir überzeugt und von den Realitäten der gesellschaftlichen Entwicklung in dieser Überzeugung bestärkt, daß die Bildung menschlicher Verhältnisse die Denk- und Verhaltensweisen ändert. Denn Arbeit, von Ausbeutung befreit, kann wahrhaft Dienst am Ganzen und am Nächsten statt Dienst am Profit sein. In dem Maße, in dem das erkannt wird, bewirkt es die Änderung menschlichen Verhaltens, kann Arbeit vom Zwang zum Bedürfnis werden.

Es ist ja wahrlich nicht bedeutungslos, daß infolge sozialistischer Produktionsverhältnisse alle Menschen die gleichen Entwicklungsbedingungen besitzen. Ihr Platz in der Gesellschaft hängt nicht mehr von Bedingungen ab, auf die sie im Grunde keinen Einfluß haben, sondern in allererster Linie von ihrer Arbeit, von dem, was sie leisten. Das macht selbstbewußt, schafft Vertrauen in die eigene Kraft und garantiert einem jeden, daß seine Leistungen gesellschaftlich wirksam und anerkannt werden.

Sicherlich, was in Jahrtausenden von den gesellschaftlichen Gegebenheiten erzwungen wurde an Egoismus und Ellenbogenmoral, das ist nicht von heute auf morgen zu beseitigen. Kapitalistische Antriebe zur Leistung abzuschaffen ist weit- aus leichter als sozialistische voll wirksam werden zu lassen. So kann es durchaus sein, daß notwendige Bedingungen so-

zialistischen Arbeitens wie Pünktlichkeit, Selbstdisziplin, kollektives Handeln nicht jedem schon zur „zweiten Natur“ geworden sind. Doch hindert uns das nicht, auf die Schöpferkraft des Menschen und die Veränderbarkeit seines Verhaltens zu vertrauen. Politisch-ethische und ökonomische Hebel, vor allem das Leistungsprinzip, helfen, den Weg dahin zu bahnen.

## II

Die Entwicklung seit 1971 zeigt, wie fruchtbar die Arbeit im Sinne der Hauptaufgabe sich für das weitere Wachsen der sozialistischen Gesellschaft erwies. Die Hauptaufgabe hat sich als die beste Garantie dafür erwiesen, daß der Mensch mit seiner Arbeit, seinen Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnissen stets im Mittelpunkt allen Geschehens steht. Bestätigt ist die Feststellung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker: „Da die Ergebnisse höherer Produktion in bedeutendem Umfang genutzt werden, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen immer günstiger zu gestalten, bleibt das bessere Leben kein Wechsel auf die Zukunft. Gute Arbeit lohnt sich schon heute.“

In den letzten fünfzehn Jahren gingen folgende Entwicklungen Hand in Hand:

— Das produzierte Nationaleinkommen verdoppelte sich von 1970 bis 1985 auf 1 087 Milliarden Mark. Der Umfang der materiellen Güter und Dienstleistungen für die Bevölkerung aus direkten Geldeinnahmen sowie aus unentgeltlichen oder preisermäßigten kulturellen oder sozialen Leistungen stieg, in Geld ausgedrückt, von monatlich durchschnittlich 486 Mark pro Einwohner auf 970 Mark im Jahre 1985.

— Schritt für Schritt, im Zuge wachsender wirtschaftlicher Ergebnisse, gewann ein gewichtiges sozialpolitisches Programm Gestalt (siehe Anhang).

Aus diesem Programm seien zwei Komplexe besonders herausgehoben, da sie von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte Bevölkerung sind und die wachsende Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders unterstreichen. Das sind zum einen die gesellschaftlichen Fonds, und zum anderen ist es das Wohnungsbauprogramm, das ja das Kernstück des sozialpolitischen Programms darstellt.

Die gesellschaftlichen Fonds machen einen ständig wachsenden Teil des Realeinkommens der Werktätigen aus. Sie beliefen sich von 1971 bis 1985 auf insgesamt 740 Milliarden Mark. Ihr Anteil am Nationaleinkommen blieb dabei nicht gleich, sondern erhöhte sich ständig: 22 Prozent waren es 1971 bis 1975, 26 Prozent 1976 bis 1980, 31 Prozent 1981 bis 1985. Vielfältig treten diese Fonds im Alltagsleben eines jeden in Funktion:

— als Zuschüsse für die Wohnungswirtschaft, Mietpreisstützungen, Sicherung stabiler Verbraucherpreise sowie stabiler Tarife für Strom, Gas, öffentliche Verkehrsmittel und Dienstleistungen;

— als Finanzierung des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens;

— als Finanzierung des geistig-kulturellen und sportlichen Lebens;

— als Zuschüsse zu Urlaub und Erholung.

So werden die 0,80 bis 1,30 Mark Miete pro Quadratmeter Wohnfläche bis zur erforderlichen Höhe von 3 Mark aus diesem Fonds aufgefüllt. Wer sich Fahrscheine für öffentliche Nahverkehrsmittel im Werte von einer Mark kauft, dem werden staatlicherseits noch 1,37 Mark hinzugetan, um die Kosten zu decken. Und jeder Theaterbesucher kann damit rechnen, daß aus öffentlichen Mitteln pro Eintrittskarte durchschnittlich vier Mark hinzukommen, damit die Vorstellung beginnen kann. Ein Kind verursacht vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung dem Staatshaushalt Kosten von 25 000 Mark. Bei dreijährigem Besuch einer Ingenieurschule kommen insgesamt 39 000 Mark zusammen, bis zum Hochschulabschluß 60 000 Mark. Knapp vier Milliarden Mark werden jährlich für kostenlos verordnete Arznei-, Heil- und Hilfsmittel aufgewandt. Ein Platz in einem Feierabendheim kostet den Heimbewohner einschließlich Unterkunft, Verpflegung und Betreuung nach wie vor monatlich 105 Mark, in einem Pflegeheim 120 Mark, ungeachtet der fünf Rentenerhöhungen seit 1971 und ungeachtet dessen, ob es sich um ein staatliches oder konfessionelles Heim handelt. Rentnerhaushalte sind von Rundfunk- und Fernsehgebühren befreit. Weitere finanzielle Vergünstigungen erhalten Rentner bei Fahrten mit der Eisenbahn, beim Besuch von Kinos, Theatern, Schwimmbädern oder Sportveranstaltungen. Die zum Teil erheblichen Differenzen zu den effektiven Kosten zahlt der Staatshaushalt. Für die physisch und psychisch Geschädigten wird gesorgt, etwa durch die mehr als 30 000 geschützten Arbeitsplätze, aber auch durch die ständige spezielle Förderung in staatlichen und konfessionellen Heimen. Das „Babyjahr“, jetzt auch schon beim ersten Kind, die tausend Mark bei der Geburt eines jeden Kindes, die Beratung von Schwangeren und jungen Müttern, das Kindergeld — all das gehört ebenfalls dazu.

Das alles führt dazu, daß neben Lohn, Renten, Stipendien und anderen direkten Einkünften die unentgeltlichen Leistungen einen beträchtlichen Teil des Gesamteinkommens jedes Werktätigen ausmachen. Auch hier ist die Tendenz steigend: 20 Prozent 1970, 24 Prozent 1980, 27 Prozent 1985. Nicht eingerechnet sind dabei weitere Mittel, so aus dem Kultur- und Sozialfonds der Betriebe, aus denen z. B. verbilligtes Werkkuchenessen ermöglicht wird, Zuschüsse für Betriebskindergärten und -krippen, für Ferienplätze und zum Ausgleich so-

zialer Härtefälle gezahlt, Ferienlager und Ferienheime unterhalten, Werkwohnungen finanziert werden.

Vielfältig treten alle diese Fonds als „zweite Lohntüte“ tagtäglich in Funktion, aber deshalb noch längst nicht in das Bewußtsein eines jeden. Wer nach dem Lohn seiner Arbeit fragt, sollte sie als einen Teil – und einen beträchtlichen! – dieses Lohnes stets vor Augen haben. Sowohl das Arbeitseinkommen als auch das, was jedem Glied der Gesellschaft aus jenen Fonds direkt oder indirekt zufließt, bilden eine Einheit, wobei das Arbeitseinkommen leistungsabhängig ist, die gesellschaftlichen Fonds jedoch eine besonders gute Möglichkeit bieten, soziale Bedürfnisse sowohl der gesamten Gesellschaft zu befriedigen als auch speziellen Erfordernissen einzelner Gruppen der Gesellschaft wie Familien, Behinderten oder Alten leistungsunabhängig zu entsprechen. Notwendige Zuwendungen ohne den Blick auf eine Arbeitsleistung kommen ja heute schon beispielsweise in den jedermann ohne Ansehen seines Einkommens zugänglichen Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens zum Ausdruck.

Doch stellt uns das alles zugleich vor Augen, daß die Voraussetzung dafür steter und verlässlicher wirtschaftlicher Aufstieg ist.

Nun zum Kernstück des sozialpolitischen Programms, dem Wohnungsbauprogramm. Nachdem das Vorhaben des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975, eine halbe Million Wohnungen neu zu bauen oder zu modernisieren, um fast 109 000 überboten worden war, konnte 1976 ins Auge gefaßt werden, bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen. Das heißt, daß bis 1990 jeder Bürger über angemessenen Wohnraum verfügt, der sich in gutem baulichem Zustand befindet, sicher, trocken und warm ist. Zugleich soll die Wohnung der Größe der Familie und deren Zusammensetzung entsprechen. Die Bauschaffenden sind auf dem besten Wege dazu. Mehr als 813 000 Wohnungen entstanden 1976 bis 1981, fast eine Million 1981 bis 1985. Für insgesamt 7,2 Millionen Bürger haben sich von 1971 bis 1985 die Wohnverhältnisse erheblich verbessert.

Mit der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem geht eine große Kulturtat und zugleich eines der ältesten Ziele der Arbeiterbewegung in Erfüllung. Auch hier zeigt sich wieder eine Affinität christlicher und marxistischer Auffassungen, gehört doch das Wohnungsproblem zu den gesellschaftlichen Fragen, auf die bereits die besondere Aufmerksamkeit christlicher Sozialreformer gerichtet war. So unterstreicht der evangelische Sozialpolitiker Viktor Aimé Huber (1800–1869) bei aller Konservativität seiner Auffassungen die Notwendigkeit der Sorge für gesunde Lebens-

verhältnisse der Arbeiterschaft. Die Wohnungsfrage nimmt dabei einen vorrangigen Platz ein, denn, so schrieb er: „Was der Leib für die Seele, ist die Wohnung für den Menschen und die Familie.“

Uns als christlichen Demokraten ist im Blick auf die Hauptaufgabe noch ein weiterer Faktor besonders wichtig. Das ist die Tatsache, daß es eben um die weitere Erhöhung nicht nur des materiellen, sondern auch des kulturellen Lebensniveaus des Volkes geht. Mit dem vom Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erzielten ökonomischen und sozialen Fortschritt geht zugleich ein kultureller einher und vertieft sich ständig. Das kulturelle Lebensniveau, so ist das Ziel, erhöht sich zusammen mit dem materiellen, nicht das eine statt des anderen oder gar auf dessen Kosten, sondern beide in enger Wechselwirkung miteinander.

Besonders wichtig ist uns das deswegen, weil wir vom Evangelium gehalten sind, den Menschen und sein Menschsein nicht auf materiell-soziale Bedürfnisse zu reduzieren. Daß sich im Sozialismus das Glück des Volkes und das Wohl der Menschen in ihrer Gesamtheit nicht im Materiellen erschöpfen, sondern daß allen die Schätze der Kultur zugänglich sind, ist für uns sehr wesentlich.

Wohl aber ist materiell-soziale Sicherheit eine Voraussetzung und ein wichtiger Antrieb, um kulturelle Bedürfnisse zu entwickeln und zu befriedigen.

Friedrich Engels bereits bezeichnete die Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft als eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß „auch die Mittel zum Leben, zum Lebensgenuß, zur Ausbildung und Betätigung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten, gleichmäßig und in stets wachsender Fülle zur Verfügung stehen.“

So hat die Orientierung auf die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre immer weitere Verwirklichung zugleich die Tore aufgetan, damit das Streben der Menschen nach Schönheit und geistigem Reichtum, nach einem gesunden Verhältnis zur Natur, nach Entspannung und Unterhaltung, nach erfüllten zwischenmenschlichen Beziehungen immer besser befriedigt werden kann. Der Drang nach weiterer Bildung gehört ebenfalls hierher.

Die Entwicklung der sozialistischen Kultur hängt also eng mit der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung zusammen. Die Fortschritte von Wissenschaft und Technik spielen da hinein, die Veränderung des Charakters der Arbeit, vor allem die Verminderung des Unterschieds von industrieller und landwirtschaftlicher sowie die Einschränkung manueller zugunsten geistiger Arbeit. Dabei geht es sowohl um die Realisie-

rung ganz alltäglicher kultureller Anliegen, wie etwa der Arbeitskultur oder der Gestaltung der Städte und Dörfer und ihres Aussehens, der allseitigen Durchsetzung von Ordnung und Sauberkeit, der Ästhetik der Lebensumwelt, als auch um die Entwicklung und Befriedigung neuer kultureller Bedürfnisse.

In der programmatischen, vom 15. Parteitag bestätigten EntschlieÙung unserer CDU haben wir begründet, warum uns beides, das Materielle und das Kulturelle, so wichtig ist: „Das politische Wirken der CDU ist darauf gerichtet, das kulturelle Leben und die geistigen Werte der Gesellschaft entsprechend den steigenden Ansprüchen der Werktätigen zu bereichern, damit ihre Lebensfreude und ihr Schöpfungertum wachsen und die humanistischen Normen, die geistige Überlegenheit des Sozialismus immer stärker hervortreten.“

Das sozialpolitische Programm verwirklicht sich nicht aus sich selbst heraus. Was vielen, vor allem jüngeren Mitbürgern mit Recht als Selbstverständlichkeit erscheint, also sichere Chancen für Ausbildung, Lehre, Arbeitsplatz, Einkommen, kostenlose Gesundheitsfürsorge, erschwingliches kulturelles Angebot, Sicherheit und Geborgenheit in den Wechseljahren des Lebens und im Alter — das ist hart erarbeitet und muß auch künftig hart erarbeitet werden. Betrachten wir daher nochmals die Mittel, die die Hauptaufgabe zum Zweck der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus nennt, so zeigt sich eindeutig, woher das sozialpolitische Programm seine Nährstoffe bezogen hat und weiter bezieht:

— Hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion: Das Nationaleinkommen, das 1966 bis 1970 520,2 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 703 Milliarden Mark 1971 bis 1975. 1976—1980 betrug es 882 Milliarden, 1981 bis 1985 1087 Milliarden Mark.

— Erhöhung der Effektivität: Außer dem kräftig steigenden Nationaleinkommen als markantestem Ausdruck des Effektivitätswachstums der Volkswirtschaft sei noch auf einen weiteren bedeutsamen Faktor verwiesen: In den 80er Jahren ist das Nationaleinkommen erstmals schneller gestiegen als der Produktionsverbrauch.

— Wissenschaftlich-technischer Fortschritt: Durch Nutzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse wurden in den Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben von 1976 bis 1985 445 Millionen Arbeitsstunden eingespart.

— Wachstum der Arbeitsproduktivität: Setzt man 1970 gleich 100, so stieg sie von 1971 bis 1985 auf 191, also auf fast das Doppelte. Erzeugte ein Werktätiger im produzierenden Bereich 1970 ein Nationaleinkommen von 18 080 Mark, so wa-

ren es 1985 34 450 Mark — und das nicht auf Kosten seiner Arbeitskraft, sondern mittels der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Ein Blick auf die bisher praktizierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigt, daß jeder gewiß sein kann: Seine Arbeit, seine Leistung wird sich weder jetzt noch später gegen ihn kehren, sondern für ihn und die Seinen weitere Verbesserungen der materiellen und geistigen Lebensbedingungen bedeuten. Das kann es einem jeden ermöglichen, sich mit der sozialistischen Gesellschaft zu identifizieren.

Deshalb lohnt jede Anstrengung, die Wirtschaft weiter voranzubringen, denn es ist inzwischen längst erwiesen, daß der Forderung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, also der „Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft“ (Lenin) durch die Orientierung der Hauptaufgabe angesichts der Erfordernisse und Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft am besten Rechnung getragen wird.

Da kann und soll jeder mittun, derjenige, dessen Arbeitsplatz direkt in der Volkswirtschaft sich befindet, der Arbeiter also wie der Techniker, der Genossenschaftsbauer wie der Gewerbetreibende; ebenso jedoch der Staatsfunktionär, der gesellschaftliche Prozesse zu leiten hat; der Lehrer, der den notwendigen Bildungsvorlauf schafft; der Wissenschaftler, der seine Forschung an den aktuellen Möglichkeiten und Notwendigkeiten orientiert; der Künstler, der der Schönheit und Würde des Lebens Ausdruck verleiht.

Sozialpolitik manifestiert sich ja keineswegs nur in zentralen staatlichen Maßnahmen, so bedeutsam sie auch sind. Sozialpolitisch verantwortlich handeln heißt vielmehr, jede Entscheidung — im Betrieb, im Territorium oder wo auch immer — unter Beachtung sozialer Erfordernisse und Konsequenzen zu treffen.

Denken wir nur daran, welch große Bedeutung dies für die örtlichen Räte hat. Schließlich tragen sie hohe Verantwortung für den Wohnungsbau. Die weitere Ausgestaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, etwa des Gesundheitswesens, der Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, fällt in ihre Zuständigkeit. Große Anforderungen stellt die Schonung und Gestaltung der natürlichen Umwelt. Die gesellschaftlichen Aktivitäten der Bürger gilt es zu nutzen, ihren Rat zu respektieren und sie frühzeitig an Entscheidungsvorschlägen und Lösungen kommunaler Probleme zu beteiligen. Versorgung und Dienstleistungen, Betreuung von Hilfsbedürftigen und vieles mehr fällt in den kommunalen Bereich und wird

dort entschieden. Wie die Menschen, die Familien, in einer Stadt, in einem Dorf leben, das ist ein sehr bedeutsames Spiegelbild sozialpolitischen Wirkens. Werte wie Geborgenheit, Einstehen füreinander, Heimatliebe — dort vor allem können sie greifbare Realität werden.

Mit dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen ist den Staatsorganen in den Städten und Gemeinden ein größerer Entscheidungsraum übertragen worden, der voll ausgeschöpft sein will. „In der Erkenntnis der unlöslichen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, so heißt es in der programmatischen EntschlieÙung unserer Partei, „erklärt es die CDU zur Richtschnur des gesellschaftlichen Handelns ihrer Mitglieder, alle ihre Kräfte und Fähigkeiten einzusetzen, um durch die planmäßige Erhöhung von Umfang und Niveau, Effektivität und Qualität der Produktion die materiell-technische Basis des entwickelten Sozialismus und damit die Voraussetzungen für den ständigen sozialen Fortschritt des werktätigen Volkes zu stärken.“

### III

Um zu verdeutlichen, wie wir christlichen Demokraten zum Prinzip der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen, sei zunächst noch einmal auf unseren 13. Parteitag 1972 verwiesen. In der EntschlieÙung dieses Parteitages — des ersten nach der Proklamation der Hauptaufgabe — heißt es im Blick darauf: „Dem Streben des Christen nach sozialer Gerechtigkeit entspricht es, daß die Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums ungeschmälert die Früchte ihrer Arbeit erhalten.“

Eine solche Feststellung gründet darauf, daß unsere Partei sich, wie die Satzung sagt, den Traditionen progressiven und humanistischen Strebens christlicher Persönlichkeiten und Bewegungen verpflichtet weiß. „Soziale Gerechtigkeit als Ideal progressiver Christen der Vergangenheit — in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sie begonnen, sich zu verwirklichen“, heißt es im Bericht des Präsidiums an die IX. Tagung unseres Hauptvorstandes.

Ihr Eintreten für dieses Ideal haben jene progressiven Christen aus der Heiligen Schrift abgeleitet, weil sie feststellten: Die Bibel verwirft soziales Unrecht, und sie sieht Arbeit als Dienst am Gemeinwohl.

— Die Bibel verwirft soziales Unrecht:

Zwar wird — je nach der gesellschaftlichen Situation, in der die einzelnen Bücher vor allem des Alten Testaments entstanden sind, die Quelle von Armut sehr unterschiedlich gesehen, doch gemeinsam ist allen die Forderung, daß die materiellen Bedürfnisse der Armen anerkannt und befriedigt werden müssen.

Die Bibel weiß offensichtlich auch, daß dort, wo man in der Ausbeutergesellschaft den Dingen ihren Lauf läßt, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Ist nicht eine Forderung wie die nach dem „Halljahr“ so zu verstehen? Denn dahinter stand ja die Absicht, alle 50 Jahre einen Ausgleich ungerechten Gewinns vorzunehmen: „Das ist das Halljahr, da jedermann wieder zu dem Seinen kommen soll“ (3. Mose 25, 13). Insgesamt gesehen ist den Menschen geboten, soziale Gerechtigkeit caritativen Maßnahmen vorzuziehen.

Wenn man will, kann man aus dem Halljahr-Gedanken übrigens durchaus aktuelle Parallelen ableiten, etwa wenn man an Fidel Castros Plan der Entschuldung der Entwicklungsländer denkt. Doch das ist hier nicht das Thema.

Im Neuen Testament setzt sich die Parteinahme für die Armen fort, so mit dem Wort Jesu, es gehe eher ein Kamel

durch ein Nadelöhr als daß ein Reicher in den Himmel komme. Wird damit nicht der Reichtum verurteilt, der auf Kosten anderer zustandekommt?

Immer wieder, all die Jahrhunderte hindurch, ist der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit ein zentraler Punkt christlicher Weltsicht gewesen. Schon Thomas von Aquin vertrat die These, daß Staats-, Wirtschafts- und Eigentumsformen, wie immer sie auch geartet sein mögen, der Person und nicht der Sache den Vorrang zu geben haben. Man tut ihm sicherlich keinen Zwang an, wenn man aus heutiger Sicht sagt: Dem Menschen und nicht dem Profit. Soziale Gerechtigkeit ist der Dreh- und Angelpunkt in den Schriften von Sozialutopisten wie Thomas Morus, der von einem Gesellschaftsmodell ausgeht, das Ausbeutung nicht zuläßt, denn, so schreibt er in seiner „Utopia“: „Überall, wo es noch Privateigentum gibt, wo alle an alles den Maßstab des Geldes anlegen, wird kaum jemals eine gerechte und glückliche Politik möglich sein.“

Bei Martin Luther zeigt sich die Ablehnung des damals gerade aufkommenden kapitalistischen Profitstrebens. Man müsse auch im Wirtschaftsleben stets das Wohl des Nächsten im Auge haben. Daß Produkte zum Verbrauch und nicht zu ungerechtfertigter Bereicherung bestimmt sind, ist ein Fazit seiner Schrift „Von Kaufhandlung und Wucher“. Als radikaler Kämpfer für soziale Gerechtigkeit in jener Zeit fordert Thomas Müntzer, daß „alles allen gemeinsam“ sein solle.

Zu den Kritikern des Kapitalismus im 19. Jahrhundert gehören die christlichen Sozialreformer. Wie groß auch die Unterschiede in Erkenntnisstand und Beweggründen, Radikalität der Forderungen, Realisierbarkeit ihrer Programme sein mögen – einig sind sie sich in der Zurückweisung und Bekämpfung sozialen Unrechts. Der Katholik Franz von Baa der (1765–1841) war der erste, der aus christlicher Sicht gegen die kapitalistische Ausbeutung und die daraus resultierende Not der Arbeiter auftrat. Auf den Gründer der Inneren Mission Johann Hinrich Wichern (1808–1881) sei verwiesen und auf Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811–1877), der in einer seiner Predigten zu sozialen Problemen sagte: „Gott hat nun nach der Weisheit seiner Vorsehung die Güter der Erde zum Gebrauche der Menschen bestimmt, und es ist sein Wille, daß diese Erdengüter vornehmlich dazu dienen, allen Menschen die Befriedigung ihrer notwendigen Lebensbedürfnisse möglich zu machen.“ Adolph Kolping (1813–1865), der „Gesellenvater“, dessen Werk auch in unserem Lande heute noch

besteht, ist einer von ihnen und ebenfalls der Protestant Friedrich Naumann (1860–1919), als dessen Schüler sich Otto Nuschke, Vorsitzender der CDU von 1948 bis zu seinem Tode 1957, wußte.

In der jüngsten Vergangenheit sind es Gestalten wie der Theologe Emil Fuchs, Ehrenmitglied der CDU, mit seinem von tiefer Gläubigkeit ebenso wie von großem Sachverstand getragenen Bekenntnis zum Sozialismus, die diese Tradition fortsetzen. In seinem Buch „Marxismus und Christentum“ urteilt er als Ergebnis einer Betrachtung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse: „Wer all dies wahrnimmt, weiß, daß die Reihe der Umwälzungen innerhalb der gesellschaftlichen Welt sich erst vollenden kann, wenn dem Menschsein der Masse neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, des gestaltenden Lebens gegeben worden sind.“

Theologische Aussagen aus unseren Tagen nehmen die Gedanken der Sozialreformer auf und führen sie weiter. So stellte die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft, die 1966 im Zentrum des Weltkirchenrates in Genf tagte, unter Verweis auf Joh. 10, 11 fest: „Gott will das Leben, er liebt das Leben der Menschen, und er will die Menschen in sein Reich führen. Obwohl die Menschen ihn verwerfen und sich Schuld zuziehen, obwohl wir durch die Rätsel und Übel dieser Welt geblendet sind, erkennen wir als seinen Zweck, daß die Menschen Leben und volles Genüge haben.“

Und als im Frühjahr 1986 die Entwicklungskommission des ÖRK tagte, stellte sie fest, daß Armut kein Naturphänomen sei, sondern das Resultat von Menschen geschaffener gesellschaftlicher Verhältnisse und politischer Strukturen: „Die Armen sind arm, weil sie dazu gemacht worden sind und weil sie in Armut gehalten werden.“ Da die Tagung in der DDR stattfand, seien, so heißt es in einem im epd erschienenen Bericht darüber, Besuche in Betrieben und gesellschaftlichen Einrichtungen zu einem „besonderen Ereignis“ geworden, das den ökumenischen Gästen „einen lebendigen Eindruck von der in der DDR angestrebten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vermittelt habe.

Im katholischen Raum sind es Dokumente wie „Mater et magistra“, die Sozialenzyklika Papst Johannes XXIII. (1961), die zu diesen Fragen Stellung nehmen. Dort lesen wir: „Angesichts der Tatsache, daß sich in der Gegenwart das Wirtschaftsleben der Länder rasch entwickelt..., halten wir es für angebracht, alle auf ein wichtiges Gebot der sozialen Gerechtigkeit aufmerksam zu machen: daß nämlich dem wirtschaftlichen Fortschritt der soziale Fortschritt entsprechen und folgen muß, so daß alle am wachsenden Reichtum der

Nation entsprechend beteiligt werden.“ Und an anderer Stelle heißt es, „daß der wirtschaftliche Wohlstand weniger zu bemessen ist nach der äußeren Fülle von Gütern, über die seine Glieder verfügen, als vielmehr nach ihrer gerechten Verteilung, so daß alle im Lande etwas davon für die Entfaltung und Vervollkommnung ihrer Persönlichkeit erhalten, denn das ist das Ziel, auf das die Volkswirtschaft ihrer Natur nach hingeordnet ist.“

Erst jüngst hat die katholische Kirche der USA diesen Gedanken aufgegriffen. In einem Hirtenbrief ihrer Bischöfe wird die soziale Ungerechtigkeit mit aller Deutlichkeit kritisiert. „Daß so viele Menschen in einer so reichen Gesellschaft wie der unsrigen so arm sind, ist ein sozialer und moralischer Skandal, vor dem wir nicht die Augen verschließen dürfen“, heißt es dort. Das Ausmaß der Armut und die Machtlosigkeit der Armen seien „ein Maßstab dafür, wie weit wir von einer wahren Gesellschaft des Menschen entfernt sind.“

In unserer CDU sind sozialetische christliche Traditionen lebendig und verbindlich. Schon im Gründungsauftrag wurde ein demokratischer Staat gefordert, „der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.“ Schlußfolgernd daraus hat Otto Nuschke in der Begründung des Ja der CDU zum Sozialismus auf unserem 6. Parteitag gesagt: „Wir sind für den Sozialismus, weil er die unerläßlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen schafft, die für die Entfaltung wahren Menschentums notwendig sind... Wir sind für den Sozialismus, weil er die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt und jeder Begabung und Fähigkeit den Weg zur vollen Entfaltung frei macht.“

Ausgehend von diesen Fundamenten festigt die CDU, wie es in unserer programmatischen Entschließung heißt, „die Erkenntnis, daß das gesellschaftliche Grundanliegen christlicher Bürger, ein Zusammenleben in sozialer Gerechtigkeit, Geborgenheit und Mitmenschlichkeit zu gestalten, durch den sozialistischen Staat verwirklicht wird und daß deshalb in der sozialistischen Gesellschaft die Tradition und Verpflichtung christlichen Wirkens für das Wohl des Menschen als staatsbürgerliche Aktivität umfassend wahrgenommen werden kann.“

— Die Bibel sieht Arbeit als Dienst am Gemeinwohl:

Progressive Christen aller Zeiten haben sich darauf berufen, daß — vom Schöpfungsauftrag angefangen bis hin zu der Mahnung des Apostels P a u l u s an die Gemeinde zu Thessaloniki: „So jemand nicht arbeiten will, der soll auch nicht

essen“ — die Arbeit des Menschen als Dienst an der Schöpfung gefordert wird. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es das Christentum gewesen ist, das inmitten der antiken Welt, die die Arbeit verachtete und sie den Sklaven auferlegte, menschlicher Arbeit ihre Würde wiedergegeben hat.

Zugleich haben fortschrittliche christliche Persönlichkeiten und Gruppierungen nach der Erkenntnis gehandelt, daß die Bibel an vielen Stellen die Arbeitspflicht aus der Pflicht zur Nächstenliebe herleitet. Arbeit ist Dienst am Nächsten. Das schließt also aus, daß sich Menschen die Ergebnisse der Arbeit anderer zur Mehrung ihres eigenen Reichtums aneignen.

Johannes Calvin sagt zum Sinn der Arbeit: „Die Menschen sind zu dem Zweck geschaffen, daß sie sich in Arbeit üben, und keine Opfer gefallen Gott mehr, als wenn jeder in seine Berufung eingespannt nutzbringend für das gemeinsame Beste zu leben bemüht ist.“ Auf der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Nairobi (1970) wurde erklärt: „In einer durch individuelle und gemeinschaftliche Selbstsucht, durch wirtschaftliche Ungleichheit, Rassenvorurteile, militanten Nationalismus und sich bekämpfende Ideologien zerrissenen Welt darf der Christ keinen privaten Frieden mit moralischem oder sozialem Unrecht schließen.“ Und in „Mater et magistra“ wird gesagt: „In der menschlichen Natur selbst ist das Bedürfnis angelegt, daß, wer produktive Arbeit tut, auch in der Lage sei, den Gang der Dinge mitzubestimmen und durch seine Arbeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit zu gelangen.“

Es läßt sich also auch im Lichte biblischer Auffassungen fragen, ob denn die Beteiligung aller Glieder der Gesellschaft am gemeinsam Geschaffenen nicht das Selbstverständlichste von der Welt ist. Und es ist zu fragen, ob denn hier nicht ein erneuter Beweis dafür vorliegt, daß im Sozialismus wiederum eine von der Ausbeutergesellschaft jahrtausendlang verschüttete Selbstverständlichkeit zu Ehren kommt.

Wir christlichen Demokraten gründen unsere politische Arbeit von Anfang an darauf, daß jeglicher Fortschritt nur dann moralisch und somit gerechtfertigt ist, wenn er dem Menschen dient. Bereits 1950, in den Vorschlägen des Hauptvorstandes zum ersten Fünfjahrplan der DDR, kommt das zum Ausdruck. Gefordert wird dort an vorderer Stelle, daß mit der Steigerung der Wirtschaftskraft einhergehen müßten: Vorbeugende und gesundheitsfördernde Maßnahmen, vor allem für Mütter und Kinder; Rentenerhöhungen und weitere Regelungen zur Fürsorge für alte Menschen; Erleichterungen für werktätige Mütter. Und diese Linie läßt sich in unserem politischen Wirken weiterverfolgen über all die Jahre hinweg bis heute, wo

die Einheit von wirtschaftlichen Erfolgen und sozialen Fortschritten schon längst zum DDR-Alltag gehört.

Es ist doch zweifellos wiederum bemerkenswert, daß wir aus unserer Sicht der sozialen Interessenlage eines Christenmenschen im biblischen Kontext uns mit der aus ganz anderen Quellen gespeisten Auffassung von Marxisten treffen, um an der Erfüllung der Hauptaufgabe nach besten Kräften mitzuwirken. Gewiß unterscheidet uns manches von unseren marxistischen Freunden. Doch sind wir uns mit ihnen darin einig, daß jeder Mensch Anspruch auf seine Würde hat, daß jedem die gleichen Rechte und Freiheiten zustehen, daß er als vernunftgeprägtes Wesen die Möglichkeit haben muß, seine schöpferischen Kräfte zu entfalten, daß sein Handeln Förderung im Sinne des sozialen Fortschritts verdient, daß nicht die Entwicklung eines Teiles der Gesellschaft auf Kosten der Unterentwicklung des anderen sich vollziehen darf und daß jeder die Pflicht zu einem dem Nächsten und der Gemeinschaft nützlichen Leben hat.

Bei alledem sind wir uns darüber im klaren, daß die gesellschaftliche Ordnung in jeder ihrer Phasen stets so gut sein wird, wie die Menschen sie gestalten. Und da sie Menschen bleiben, mit aller ihrer körperlichen und Geisteskraft, aber auch mit ihren Schwächen, wird diese Ordnung schon aus subjektiven Gründen auch künftig nicht ohne Probleme, ohne Widersprüche sein können.

Doch wir wissen auch, daß unsere Gesellschaft allezeit und in allen Dingen darauf angelegt ist, den Menschen vermeidbares Leid zu ersparen, Unrecht in den zwischenmenschlichen Beziehungen nicht zu dulden, Solidarität im Inneren und in Not befindlichen anderen Menschen und Völkern gegenüber zu üben. Da Profitinteressen wegfallen, gibt es keinen gesellschaftlichen Bereich, der solchen Interessen unterworfen wäre. „Allein der Sozialismus“, so haben wir in der programmatischen Entschließung unserer Partei erklärt, „ist heute in der Lage, das Recht und die Würde, die Freiheit und die allseitige Entwicklung des Menschen zu sichern und die Lebensfragen der Völker im 20. Jahrhundert – die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Krieg und sozialer Ungerechtigkeit, von Rassismus und Kolonialismus, von Hunger und Unbildung, von Entfremdung und Lebensangst – zum Wohle und Nutzen der Werktätigen zu lösen.“

#### IV

Daß ohne erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft keine erfolgreiche Entwicklung der sozialen Verhältnisse möglich ist, besagt nicht, daß wirtschaftliche Ergebnisse automatisch auch soziale Fortschritte bewirken. So kommt es denn zu dem im Grunde paradoxen Zustand, daß selbst in den reichsten kapitalistischen Ländern wirtschaftlicher Fortschritt keinen allgemeinen sozialen Fortschritt mit sich bringt, sondern für bedeutende Teile der Bevölkerung sogar zu sozialem Rückschritt führt. Schon Karl Marx weist im 1. Band des „Kapital“ auf die Gesetzmäßigkeit hin, „daß die Produktionsverhältnisse, in denen sich die Großbourgeoisie bewegt, nicht einen einheitlichen, einfachen Charakter haben, sondern einen zwieschlächtigen; daß in denselben Verhältnissen, in denen Reichtum produziert wird, auch das Elend produziert wird.“ Jene Marx-Gegner, die im Rausche des Aufschwungs, den es in einigen kapitalistischen Ländern in den 50er Jahren gab, eine solche Auffassung hohnlachend zurückweisen zu können glaubten, stehen heute vor einer Situation, die diese These mit Konsequenz bestätigt.

In der Tat hat sich die soziale Lage vieler Werkstätiger in den imperialistischen Ländern – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – in den letzten Jahren verschlechtert. Hauptmerkmale sind die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die tendenzielle Senkung des realen Lohnniveaus, der Abbau staatlicher und betrieblicher Sozialleistungen und die daraus entstehende „neue Armut“. Sehen wir uns einige Beispiele genauer an.

— Arbeitslosigkeit:

1973 gab es in den 24 kapitalistischen Industrieländern 9,2 Millionen Arbeitslose. Offiziellen Angaben zufolge erwartete man für 1986 31,5 Millionen, 40 Prozent davon Jugendliche unter 24 Jahren. Rechnet man dazu noch die jungen Menschen, die nach der Schule weder einen Arbeits- noch einen Ausbildungsplatz erhalten, die Familienangehörigen der Arbeitslosen, diejenigen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, die vorzeitig aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedenen und die Kurzarbeiter, dann kommt man auf 70 bis 80 Millionen.

— Senkung des Lohnniveaus:

Selbst in der BRD, einem der stärksten kapitalistischen Länder, sind nach Feststellungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB die Realeinkommen der Nichtselbständigen von 1980 bis 1985 um 6,5 Prozent gesun-

ken. Nur die Selbständigenhaushalte hätten einen realen Einkommenszuwachs (10 Prozent) erzielen können.

— Sozialabbau:

In den USA wurden 1983–84 die Sozialausgaben im Staatshaushalt um 110,2 Milliarden Dollar gekürzt. 40 Prozent der Kürzungen betrafen zudem Haushalte mit Einkommen knapp über der Armutsgrenze oder sogar darunter. 1,5 Millionen Amerikaner verloren das Anrecht auf Gutscheine für verbilligten Bezug von Lebensmitteln, drei Millionen Kindern wurde die unentgeltliche Schulspeisung gestrichen. 500 000 Behinderte müssen nun ohne staatliche Finanzhilfe auskommen. In der BRD sanken die Sozialleistungen für Rentner, Behinderte, Arbeitslose, Kranke und Arme von 1982 bis 1985 um 75 Milliarden DM.

— „Neue Armut“:

In den USA ist die Zahl der Personen, deren Einkünfte offiziellen Angaben zufolge unterhalb des Existenzminimums liegen, seit 1980 von sechs auf 35 Millionen gestiegen. Das ist fast ein Sechstel der Gesamtbevölkerung. Vor allem die afroamerikanischen Bürger sind davon betroffen. „Ein Volk im Abseits“ nennt „U. S. News and World Report“ sie und schildert, „was es für ein schwarzes Kind heißt, in der heutigen Zeit aufzuwachsen: Jedes zweite lebt in Armut. Fast jeder zweite Jugendliche hat keine Arbeit.“

In Großbritannien stieg die Zahl der „offiziell Armen“ von 1979 bis 1983 von zwei auf vier Millionen. Von Irland berichtet die Studie einer EG-Kommission, daß etwa ein Viertel der Einwohner unterhalb der offiziellen Armutsgrenze lebt. Die gleiche Studie besagt, daß im gesamten Raum der EG 11,4 Prozent aller Haushalte als arm gelten, was etwa 30 Millionen Personen entspricht. Jeder dritte Arme in EG-Ländern ist Italiener. Selbst in Staaten mit relativ gut ausgebauten sozialen Sicherungssystemen wie Dänemark und Frankreich liegen die Prozentsätze der Armen bei 13 bzw. 16,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die vergleichsweise niedrigsten Sätze melden Belgien und die BRD mit je 6,6 Prozent und die Niederlande mit 4,8 Prozent.

Das sind, wie gesagt, die offiziellen Angaben. Sie sind alarmierend genug, selbst schon ohne die erheblichen Dunkelziffern, die es zweifellos gibt. Die Tatsachen zeigen, daß Armut in allen diesen Ländern heute immer mehr Menschen betrifft, nicht nur unbedeutende Außenseitergruppen, nicht nur Alte und Kranke, nicht nur Arbeiter, sondern auch andere Schichten, die vormals davor gefeit waren, arm zu werden. Dennoch gibt es Schwerpunkte. Eine Untersuchung der Struktur der Sozialhilfeempfänger in der BRD hat ergeben,

daß der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch ist und daß der Anteil der 18- bis 24jährigen besonders stark ansteigt.

Ursachen der Armut nennt der schon erwähnte Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der USA: „Maximierung des Profits, ein Prinzip, das sich zu oft selbst in eine abgöttische Macht verwandelt.“ In einer Studie des Ökumenischen Rates der Kirchen über die Kirche und die Armen heißt es ähnlich: „Armut wird erzeugt durch die Aneignung der Früchte der Arbeit der Armen von den wenigen mit Kapital, und dies erklärt unsere Besorgnis um die Menschen, die arbeiten und immer ärmer werden.“ Ein Sozialkommentar der französischen Bischofskonferenz stellt fest, daß „heute sogar schon Bevölkerungsschichten von der Armut betroffen sind, die bisher nie auf Sozialhilfe zurückgreifen mußten“. Schuld sei „die Wirtschaftskrise mit ihren brutalen Mechanismen“ und die „nicht mehr wirksame Sozialpolitik“. Armut dürfe „nicht als Schicksal“, sondern müsse „als Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen werden“.

Diese Feststellung wird treffend unterstrichen durch die Tatsache, daß dem einschneidenden Sozialabbau ein beachtlicher Profitboom der Konzerne gegenübersteht. So wuchsen die Profite in den USA 1983 im Durchschnitt um 21,6 Prozent und im ersten Dreivierteljahr 1984 um 19,4 Prozent. In der BRD waren es 1983/84 24 Prozent, in England 20,3 Prozent 1983 und 18,8 Prozent 1984. Angesichts alles dessen stellt das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ mit Recht fest, daß sich die Bewegungsgesetze der Wirtschaft in der BRD lang- wie kurzfristig gegen die Interessen der Bevölkerung und gegen die Natur richten. Unsere Beispiele zeigen, daß dies auf alle kapitalistischen Länder zutrifft.

Von einer profitorientierten Gesellschaftsstruktur ist nicht zu erwarten, daß sie wirtschaftliche Ergebnisse in sozialen Fortschritt umsetzt. Zwar existieren dort ebenfalls Kräfte, die darüber nachdenken, wie man kapitalistisches Wirtschaften sozial konsensfähig gestalten kann. Der Unterschied zu unserer sozialistischen Gesellschaftsformation ist jedoch: Hier gibt es soziale Sicherheit und deren steten Fortschritt für alle und jederzeit. Dieser Unterschied ist es eigentlich, der die Bewältigung der sozialen Konsequenzen modernen Wirtschaftens zu einem der Kernpunkte der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem auf soziale Sicherheit orientierten Sozialismus und dem auf Profit orientierten Kapitalismus gemacht hat.

So ist berechtigt zu konstatieren, daß der Kapitalismus weithin unfähig ist, die Menschheitsprobleme zu lösen, die Wirtschaftsergebnisse, die durchaus vorhanden sind, in sozia-

len Fortschritt zu verwandeln. Und ebenso kann festgestellt werden, daß der Sozialismus ganz offensichtlich über die Voraussetzungen verfügt, dem Wohl der Menschen immer effektiver zu dienen. Humanismus — das heißt nicht Gegensatz, sondern Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Uns ist Humanismus nicht Traumziel, sondern praktizierte Realität. Ausbeutung hat aus dem Menschenbruder den Feind werden lassen, aus dem Partner den Rivalen. Im Sozialismus sind die Beziehungen zwischen den Menschen neu gegründet worden. An die Stelle von Existenz- und Konkurrenzkampf, wie die Ausbeutergesellschaft ihn zwangsläufig mit sich bringt, tritt die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung einander gleichberechtigter, freier Menschen. Deshalb sagen wir christlichen Demokraten in unserer programmatischen EntschlieÙung: „Das politische Wirken der CDU ist darauf gerichtet, den Sozialismus in unserem Lande planmäßig auszugestalten, ihn in der sozialistischen Staatengemeinschaft stärken und seine Position in der Welt festigen zu helfen; denn der Sozialismus ist der Humanismus unserer Epoche.“

## V

Zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert und ihre Folgen haben allen, die sie erleiden mußten, unvergeßlich eingepägt, wie eng soziale Sicherheit mit Friedenssicherheit zusammenhängt. Rüstung bringt enorme finanzielle Belastungen mit sich, die selbst ökonomisch so starke Länder wie die USA auf längere Zeit nicht ohne nachteilige Folgen für die Lebenslage der Werktätigen verkraften können. Die enorme Hochrüstung in den USA hat die Staatsverschuldung von 382,6 Millionen US-Dollar 1970 auf etwa 1 600 Milliarden Ende 1984 steigen lassen. Ein Ausweg wird in drastischen Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich gesehen. Der Steigerung der Rüstungsausgaben der USA 1983–84 um 144 Milliarden Dollar stehen, wie schon erwähnt, Kürzungen der Sozialausgaben im Staatshaushalt von 110,2 Milliarden Dollar gegenüber. Das heißt, daß mehr als drei Viertel der steigenden Rüstungsausgaben zu Lasten der sozial Schwächsten in der Bevölkerung erbracht worden sind.

Zahllos sind die solide fundierten Berechnungen, mit denen nachgewiesen wird, wieviele Arbeitsplätze die heute hochautomatisierte Rüstungsindustrie vernichtet hat und wieviele geschaffen werden könnten, wenn die gleichen Investitionen, die jetzt noch zur Waffenproduktion verwendet oder, wie man auch sagen könnte, verschwendet werden, für die Herstellung ziviler Güter eingesetzt würden. So hat beispielsweise das USA-Büro für Arbeitsstatistik ausgerechnet, daß mit einer Milliarde Dollar Rüstungsausgaben 51 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit der gleichen Summe ließen sich im Wohnungsbau 60 000, in der Gesundheitsfürsorge 80 000 und im Bildungswesen 136 000 Arbeitsplätze schaffen.

Immer deutlicher wird auch in den Friedensbewegungen westlicher Länder der Zusammenhang von Hochrüstung, noch dazu von SDI, und Sozialabbau erkannt. So erklärte das Mitglied des DGB-Bundesvorstandes Lothar Zimmermann auf einer Großkundgebung in Mainz im Oktober 1985: „Hier auf dem Boden dieser Erde eine soziale Ordnung schaffen, welche den Menschen die Lebens- und Existenzangst nimmt, dies wären große Taten einer vernünftigen Bonner Politik und nicht, den Krieg zu den Sternen zu tragen.“

In einer Arbeit über „Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung“, die in Köln erschien, spricht der Autor Frank Deppe von Stimmungen, die „aus der Wahrnehmung neuer Widersprüche und Gefahren auf dem Felde der internationalen Politik, aber auch im Bereich der alltäglichen Lebensbewältigung resultieren: die Gefahren eines atomaren Vernich-

tungskrieges und einer Umweltkatastrophe verbinden sich daher mit den Erfahrungen des Berufslebens und der Arbeitswelt und brechen das Leben in der ‚heilen‘ und stabilen Weltordnung auf, das für fast drei Jahrzehnte die Erfahrung und das Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung, vor allem der lohnabhängig Beschäftigten, geprägt hat.“

Immer größer wird die Zahl jener, die begriffen haben, daß der Kampf um Frieden, Entspannung und Abrüstung, bei dem es letztenendes um das nackte Leben und Überleben geht, bereits heute auch der Befriedigung sozialer und materieller Bedürfnisse der Werktätigen dient. Ein BRD-Blatt, die „Computer Zeitung“ Echterdingen, schreibt: „An dem Kulminationspunkt, da materielle Einbußen des Lebensstandards nicht nur für Millionen Lohnabhängige und ihre Familien, sondern immer breitere Bevölkerungskreise drohen, um die Rüstungsprojekte der Regierung (Bundeswehrplan '85, Weltraumwaffen) bezahlen zu können, drängt sich eine Neuorientierung auf, die über eine bloße Kehrtwende hinausginge. Die Staatsentwicklung nähert sich einer Wegegabelung, wo der Frage „Rüstungs- oder Sozialstaat?“ niemand mehr ausweichen kann.“ Und die „Technology Review“ in Cambridge (USA) verlangt, die Anwendung von Wissenschaft und Technik „so zu gestalten, so zu verwissenschaftlichen und zu demokratisieren, daß sie an den Bedürfnissen, Interessen und moralischen Maßstäben der arbeitenden Menschen orientiert wird.“

Zweifellos reift, wie es in einer Analyse sowjetischer Wissenschaftler heißt, in dem Bewußtsein des Zusammenhangs von Hochrüstung und Sozialabbau „ein neues Wertesystem sowohl für die Arbeiterklasse als auch für die Vertreter der nichtproletarischen Schichten heran.“

Doch wie ist denn das bei uns? Kostet denn unsere Landesverteidigung nicht auch Geld? Verschlingt sie nicht auch Ressourcen? Hätten wir nicht ebenfalls anderweit Verwendung für beides? Ganz gewiß. Eben dies ist ja ein ganz wesentlicher Beweggrund für unsere Staatspolitik, sich einzusetzen für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, für radikale Senkung der Schwelle militärstrategischer Parität zwischen den Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO. Diese Politik entspricht sowohl der Verantwortung vor der Welt als auch der Verantwortung für das Wohlergehen des eigenen Volkes. Nicht zutetzt aus sozialen Erwägungen hat die DDR aktiv und erfolgreich an den in Stockholm erzielten Übereinkünften über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mitgewirkt. Ebenso tragen unsere Diplomaten vor der

UNO sowie in den Verhandlungen von Wien und Genf dazu bei, daß auch dort die Vernunft die Oberhand gewinnt.

Mit den Vorschlägen der Sowjetunion, die Generalsekretär Michail Gorbatschow in Reykjavik ebenso beharrlich wie flexibel vertreten hat, wäre Europa und der Welt die historische Chance eröffnet, im Jahre 2000 von Atomwaffen befreit zu sein. In ihrer Folgerichtigkeit und ihrem Realismus werden diese Vorschläge von einer breiten Weltöffentlichkeit unterstützt und entsprechen ja schließlich auch den Interessen der USA selbst.

Zugleich vergessen wir nicht, daß das Notwendige getan werden muß, um das, was erreicht wurde, auch zu schützen — mit allen materiellen und personellen Konsequenzen, die das mit sich bringt. So wird das *Notwendige* getan — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Doch machen die Ausgaben im Staatshaushalt für die Landesverteidigung seit Jahren etwa gleichbleibend um die sechs Prozent der Gesamtausgaben aus, während die Aufwendungen für die gesellschaftlichen Fonds prozentual und real ständig angestiegen sind und zur Zeit bei etwa 31 Prozent liegen. Sechs zu einunddreißig, das ist doch gewiß eine vertretbare Relation.

Betrachtet man dagegen die Rüstungsaufwendungen der NATO-Länder, so stellt sich heraus, daß es dort gerade umgekehrt ist. In der Mehrzahl jener Staaten sind diese Ausgaben schneller gestiegen als das Wirtschaftswachstum, wenn auch nicht in allen so eklatant wie in den USA, wo ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Haushalts von 22,7 Prozent im Jahr 1980 auf geplante 29,3 Prozent für 1986 kletterte.

Mit dem Geld, das durch Abrüstung frei würde, könnte leicht die Lösung globaler Probleme finanziert werden. Und solcher Probleme gibt es wahrlich genug. Da ist der Hunger: Wäre die Erde ein Dorf mit 1 000 Einwohnern, so würden 600 von ihnen nicht satt zu essen haben. Da ist die Frage der Rohstoffe und der Energie: Obwohl beides immer knapper wird, werden bis zu zehn Prozent der wichtigsten Rohstoffe für militärische Zwecke verbraucht. Jährlich verschlingt die Rüstung fast 750 Millionen Barrel Erdöl, doppelt soviel wie der Jahresverbrauch aller afrikanischen Länder mit ihren etwa 500 Millionen Bewohnern. Ökologische Systeme sind zahlreichen, aus der Rüstung entspringenden Gefahren ausgesetzt.

Und was würde es bedeuten, wenn das Potential jener 60 Millionen qualifizierter Arbeitskräfte unseres Planeten — darunter jeder vierte Wissenschaftler —, die heute für Forschung und Produktion zu militärischen Zwecken tätig sind,

für den friedlichen Fortschritt der Menschheit nutzbar gemacht werden könnten!

Denn außer der Lösung globaler Probleme würde jedem Land dieser Erde — vernünftige Verwendung vorausgesetzt — ein ungeahnter sozialer Aufschwung möglich sein. Berechnungen von Experten der UNO zufolge würden schon 8 bis 10 Prozent der jährlichen globalen Rüstungsausgaben ausreichen, um die dringendsten sozialen Probleme der Entwicklungsländer zu lösen. 0,5 Prozent jener Ausgaben würden genügen, um den ärmsten Staaten die Möglichkeit zu geben, ihren Nahrungsmittelbedarf selbst zu decken. Für nicht mehr als 1,1 Prozent dieser Gelder könnte man allen Hungernden in der gesamten „Dritten Welt“ zu essen geben. In der Tat, eine Humanisierung der ganzen Welt wäre möglich; und es würde noch mehr als genug da sein.

Vereinigung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie im Sozialismus möglich ist, das ist einer der wesentlichsten Faktoren unserer Gewißheit, daß bei aller von imperialistischer Hochrüstung her drohenden Gefahr letztlich das Interesse der Völker, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung, sich durchsetzen wird, durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen und durch Reduzierung der Rüstungsausgaben zuverlässige Sicherheit und friedliche Bedingungen für ihre sozialökonomische Entwicklung zu gewährleisten.

„Nicht Wettrüsten, sondern Abrüstung, nicht Konfrontation, sondern Entspannung, nicht Krieg, sondern Frieden — das brauchen und wollen die Völker... Unaufhörlich wachsen die Kräfte, die ein nukleares Inferno abwenden und der Menschheit eine friedliche Zukunft sichern wollen. Deshalb ist historischer Optimismus trotz allem berechtigt. Wir sind zutiefst überzeugt: Der Friede kann und wird siegen.“ (Erklärung des 15. Parteitages der CDU.)

## VI

Das uns vorliegende Gesetz über den Fünfjahrplan der DDR zeigt an, daß für 1986 bis 1990 selbstverständlich auch weiterhin Wirtschafts- und Sozialpolitik als Dienst am Menschen praktiziert werden. Ja, das ist das Hauptkampffeld. „In Übereinstimmung mit der Leistungsentwicklung ist das Lebensniveau des Volkes weiter zu verbessern“, sagt das Gesetz. Zu diesem Zweck kommt es darauf an,

— die wissenschaftlich-technische Revolution, die ja selber eine neue Etappe erreicht hat, noch wirksamer mit den Vorzügen des Sozialismus zu verbinden;

— der raschen Entwicklung der Produktivkräfte gerecht zu werden mit Hilfe der Schlüsseltechnologien, vor allem der Mikroelektronik und der modernen Rechentechnik sowie solcher Technologien wie flexibler automatischer Fertigungssysteme, neuer Bearbeitungsverfahren und Werkstoffe, der Biotechnologie, der Kernenergie und der Lasertechnik;

— mittels umfassender Intensivierung das Tempo, mit dem die Arbeitsproduktivität sich entwickelt, weiter zu beschleunigen;

— die Konsumgüterproduktion als wesentliches gesellschaftliches Erfordernis für Bevölkerungsbedarf und Export weiter zu erhöhen;

— neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse zum Schutz der natürlichen Umwelt zu nutzen;

— die wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Beziehungen zur UdSSR ständig zu erweitern und die sozialistische ökonomische Integration weiter auszugestalten;

— das große geistige Potential der DDR umfassend wirksam zu machen.

So sollen das produzierte Nationaleinkommen bis 1990 auf 125 Prozent im Vergleich zu 1985 steigen und die Arbeitsproduktivität im Vergleich zum jetzigen Stand 1990 etwa 150 Prozent in der Industrie betragen.

Auf der Basis dieser Wirtschaftsentwicklung werden

— bis 1990 1 064 000 Wohnungen neu gebaut oder modernisiert;

— die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in den Betrieben, vor allem der Schichtarbeiter und der berufstätigen Mütter mit Kindern sich planmäßig verbessern;

— die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung 1986 bis 1990 jährlich durchschnittlich um 4 Prozent wachsen;

— die gesellschaftlichen Fonds sich 1986 bis 1990 weiter erhöhen. Bedeutende Mittel werden für die weitere Verbesserung der Fürsorge für Mutter und Kind, die Unterstützung

kinderreicher Familien, die Förderung junger Ehen und die bessere Betreuung und Unterstützung der alten Bürger eingesetzt.

Auf vier Folgerungen aus alledem sei hier verwiesen, die wir in unserer politisch-ideologischen Arbeit stets bedenken wollen, damit wir alle, jeder an seinem Platz, befähigt werden, in selbständigem, schöpferischem Wirken dazu beizutragen, daß die größtmöglichen Ergebnisse zustande kommen.

1. Da die materiellen Grundlagen für die Sozialpolitik nach wie vor – wie könnte es anders sein – in der Wirtschaft entstehen, liegen die Quellen für eine zielstrebige Sozialpolitik nirgends anders als in dauerhaftem stabilem ökonomischem Wachstum, in Kontinuität und Proportionalität im Wirtschaftsablauf. Einmal getroffene sozialpolitische Maßnahmen wieder zurückzunehmen, wie das in westlichen Ländern gang und gäbe ist, ist nicht sozialistischer Stil. Solche Maßnahmen sind vielmehr verlässliche Garantien für heute und morgen. Stetiges, verfügbares Wirtschaftswachstum ist aus diesem Grunde unerlässlich.

2. Sozialpolitische Fortschritte stimulieren und beschleunigen wirtschaftliches Wachstum. Die Jahre seit 1971 haben immer erneut erwiesen, daß es offensichtlich ein starkes Motiv für hohe Leistungen ist, die Ergebnisse guter Arbeit nicht erst in ferner Zukunft, sondern sogleich im eigenen Alltag wiederzufinden, in der Familie wie beim Nachbarn, beim Kollegen, beim Mitbürger, im Betrieb, am Arbeitsplatz wie im Wohngebiet, in der Stadt, im Dorf. Allerdings gehört dazu auch, daß bereits erbrachte Leistungen nicht durch Nachlässigkeit wieder zunichte gemacht werden, daß nicht Mängel z. B. in der Arbeitsorganisation das gute Ergebnis schmälern. Sonst wird der Sinn persönlichen Einsatzes für gute Arbeitsleistung in Zweifel gezogen.

3. Anhand der Hauptaufgabe werden Arbeitsbedingungen entwickelt, die Freude an der Arbeit, Initiative und Schöpferförm fördern. So wird deutlich, daß Leistungsprinzip und Sozialpolitik nicht nebeneinander oder gar gegeneinander stehen, sondern daß sie einander bedingen und eines das andere vorwärtsbringt. Es geht also nicht darum, mit sozialpolitischen Maßnahmen lediglich soziale Härtefälle auszugleichen, obwohl auch das geschieht, sondern vor allem darum, das Wachstum des gesamten Lebensniveaus aller Glieder der Gesellschaft zu fördern.

4. Die Ziele, die der gegenwärtige Fünfjahrplan setzt, sind darauf angelegt, ökonomischen und sozialen Fortschritt noch wirksamer zusammenzufügen. Da gerade darin zugleich die Überlegenheit sozialistischer Planwirtschaft über kapitalisti-

sche Profitwirtschaft sichtbar wird, reicht die Bedeutung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik über den innenpolitischen Aspekt hinaus, erlangt sie immer mehr internationale Bedeutung. Sie ist ein Hauptkampffeld auch in der Außenpolitik. Wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Erfolge in soziale umzusetzen, das ist es, was heute den Ausschlag gibt, wenn gesellschaftliche Systeme miteinander in Wettstreit treten. Da unser ganzes Bestreben dahin geht, die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus mit friedlichen Mitteln und keinesfalls auf dem Schlachtfeld zu führen, ist die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem höchst wichtigen Mittel und Beweis der Überlegenheit des Sozialismus – nicht in Waffentechnik, sondern in Humanitas – und damit zu einem erst-rangigen Friedensfaktor geworden.

Von Anfang an gewährleistet unser Staat eine stetige ökonomische und soziale Entwicklung, seit 1971 dank der engen Verquickung von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit besonders sichtbarer Wirksamkeit. Ist das nicht ein eindrucksvolles Zeugnis dafür, was der Sozialismus vermag? Mit Recht hat der Vorsitzende unserer CDU auf unserem 15. Parteitag konstatiert, daß allein diese unsere Gesellschaftsordnung imstande ist, „das Wohl, die Freiheit und die Würde des Menschen zu verwirklichen, ihr Zusammenleben im Zeichen von Menschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit zu ermöglichen und einen beständigen Frieden zu erkämpfen. Die Mitarbeit am Aufbau und Ausbau des Sozialismus eröffnet uns christlichen Demokraten die Möglichkeit, in umfassendem Sinne und übereinstimmend mit der gesamten Gesellschaft das Gemeinwohl zu mehren und staatliche Friedenspolitik mitzutragen. Im Sozialismus sind Bürgerpflicht und Christenpflicht eng miteinander verbunden.“

## Anhang

Einige wesentliche Ergebnisse des seit 1971 als Aufgabe gestellten sozialpolitischen Programms:

### 1971

- Für 1,7 Millionen Werktätige erhöhen sich die Löhne und Gehälter vor allem in den unteren und mittleren Einkommensgruppen.
- 2,3 Millionen Mindestrentner kommen in den Genuß einer Rentenerhöhung.

### 1972

- Für rund 200 000 berufstätige Mütter wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt. 400 000 berufstätige Mütter mit zwei und mehr Kindern erhalten einen um drei bis neun Tage verlängerten Jahresurlaub.
- Der Schwangerschafts- und Wochenurlaub wird auf 18 Wochen erhöht, die staatliche Geburtenhilfe auf 1 000 Mark je Kind festgelegt.
- Für junge Eheleute werden Kredite zu günstigen Bedingungen bereitgestellt.
- Für fast 3,4 Millionen Bürger erhöhen sich Renten sowie Sozialfürsorgesätze.

### 1974

- Mehr als 400 000 Lehrlinge erhalten höhere Entgelte.

### 1975

- Der Mindesturlaub für mehr als 1,5 Millionen Werktätige wird von 15 auf 18 Tage erhöht, Werktätige in Drei- und im durchgehenden Schichtsystem erhalten 21 Tage Urlaub.
- Für mehrere Beschäftigungsgruppen erfolgen Lohnerhöhungen zwischen 50 und 100 Mark monatlich.

### 1976

- Weitere Erleichterungen für kinderreiche Familien werden eingeführt.
- Der Schwangerschafts- und Wochenurlaub wird von 18 auf 26 Wochen verlängert. Werktätige Mütter erhalten bei Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes die Möglichkeit der bezahlten Freistellung bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes.
- Für Pädagogen im Bereich der Volksbildung treten soziale Verbesserungen in Kraft: Günstigere Altersversorgung, Erhöhung der Leistungen bei Krankheit, Senkung der Pflichtstundenzahl.
- 1,4 Millionen Werktätige erhalten höhere Löhne.
- Für 3,4 Millionen Bürger erhöhen sich abermals die Renten.

### 1977

- Werktätige, die regelmäßig in Schichten arbeiten, bekommen drei Tage Zusatzurlaub.
- Vollbeschäftigte alleinstehende Frauen mit eigenem Haushalt können von Vollendung des 40. Lebensjahres ab monatlich einen Hausarbeitstag in Anspruch nehmen.
- Die Zahl der Werktätigen mit 40stündiger Arbeitswoche erhöht sich auf 1,1 Millionen. Für 600 000 Zweischichtarbeiter vermindert sich die wöchentliche Arbeitszeit auf 42 Stunden.

### 1978

- Die millionste seit 1971 fertiggestellte Wohnung wird übergeben.

### 1979

- Für alle Werktätigen verlängert sich der Erholungsurlaub um mindestens drei Tage. Die arbeitsfreien Sonnabende werden nicht mehr als Urlaubstag angerechnet.

### 1981

- 265 000 Werktätige im Gesundheitswesen erhalten höhere Löhne.
- Lohnerhöhungen treten ein für Beschäftigte in der Wohnungswirtschaft und in privaten Handwerksbetrieben.
- Erhöht werden Lehrlingsentgelte um durchschnittlich 25 Mark monatlich. Für Schüler der 11. und 12. Klassen wird eine monatliche Ausbildungsbeihilfe von 110 Mark (11. Klasse) bzw. 150 Mark (12. Klasse) gezahlt. Eine neue Stipendienverordnung erhöht das Grundstipendium von 160 auf 200 Mark, die Leistungsstipendien von 40, 60 bzw. 80 Mark auf 60, 100 und 150 Mark.
- Die Kreditgewährung an junge Eheleute wird beträchtlich erweitert, ebenso werden die Bedingungen für den Krediterlaß günstiger.
- Das Kindergeld für jedes dritte und weitere Kind wird auf 100 Mark monatlich erhöht.

### 1982

- Am Jahresende verfügen 74 Prozent aller Haushalte in der DDR über ein Monatseinkommen von mehr als 1 300 Mark, 1970 hatten erst 30 Prozent ein solches Einkommen.

### 1984

- Weitere Erleichterungen für Familien mit drei und mehr Kindern treten in Kraft. Die für Familien mit vier und mehr Kindern geltenden Vergünstigungen kommen jetzt auch Familien vom dritten Kind ab zugute.
- Die Mindestrenten werden um 30 Mark monatlich erhöht.

#### 1985

- Alle Renten werden um 30 Mark monatlich erhöht.

#### 1986

- Bezahltes „Babyjahr“ bereits nach der Geburt des ersten Kindes.
- Bezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder wird berufstätigen Müttern bereits bei zwei Kindern gewährt.
- Kredite für junge Eheleute werden von bisher 5 000 auf 7 000 Mark erhöht, die Altersgrenze dafür von bisher 26 auf 30 Jahre angehoben.
- Weitere Maßnahmen zur Unterstützung von Familien mit besonders pflegebedürftigen Kindern treten in Kraft.

#### 1987

- Das Kindergeld steigt ab 1. Mai für das erste Kind von bisher monatlich 20 Mark auf 50 Mark, für das zweite Kind von bisher 20 auf 100 Mark, für das dritte und jedes weitere Kind von bisher 100 Mark auf 150 Mark.

#### In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftlichen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs
- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR
- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU – Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte
- 227 Wolfgang Heyl, Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz von Helsinki
- 228 Burkhard Schneeweiß, Gesunde Kinder – Glück der Eltern und Ziel unserer Gesellschaft. Die gesundheitliche Fürsorge um die heranwachsende Generation
- 229/ Gerhard Fischer, Die Hugenotten in Berlin – Zum
- 230 300. Jahrestag des Edikts von Potsdam und zum 750jährigen Bestehen Berlins
- 231 Gerald Götting, 40 Jahre Vereinte Nationen – Bilanz und Ausblick
- 232 Wolfgang Heyl, CDU im Bündnis – Zu einigen Aspekten des Wachstums und der Bedeutung der Bündnispolitik
- 233 Apartheid – unmenschlich und widerchristlich. Eine Erklärung der CDU und das KAIROS-Dokument südafrikanischer Christen
- 234 Manfred Stolpe, Kirche „1985“ und 2000 – Sammlung, Öffnung, Sendung
- 235 Hans Krätzig, Entscheidung für Frieden und Fortschritt – Christliche Demokraten beim Volksentscheid in Sachsen 1946
- 236 Hans-Georg Schöpf, Moderne Wissenschaft und christliche Verantwortung – Spitzentechnologien als ethische Herausforderung
- 237 Frank E. Lippold, Die „bulgarische Spur“ – Das Papst-Attentat und der „Fall Antonow“
- 238 Krieg und Frieden im Atomzeitalter – Botschaft des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche
- 239 Günter Wirth, Schweitzers tätige Humanität – Eine Analyse seiner Goethe-Studien
- 240 Werner Wünschmann, Aus christlicher Ethik und Tradition – Christliche Künstler in der sozialistischen Gesellschaft

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin